



**Interpellation von Patrick Rösli und Patrick Iten
betreffend die Bewilligungen in der Gesundheitsvorsorge**
(Vorlage Nr. 4079.1 - 18518)

Antwort des Regierungsrats
vom 7. April 2026

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Patrick Rösli und Patrick Iten reichten am 11. März 2026 eine Interpellation betreffend die Bewilligungen in der Gesundheitsvorsorge ein. Der Regierungsrat nimmt zu den Fragen der Interpellanten wie folgt Stellung:

Beantwortung der Fragen

1. *Handelt es sich bei der Bewilligung zur Abrechnung über die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) um eine zusätzliche und formelle Bewilligung zu einer Berufsausübungs- und Betriebsbewilligung?*

Ja, es handelt sich um zwei separate Bewilligungen, deren Voraussetzungen in unterschiedlichen Bundesgesetzen geregelt sind. Die Erteilung der Berufsausübungsbewilligung richtet sich im Fall von Ärztinnen und Ärzten nach dem Medizinalberufegesetz (MedBG; SR 811.11), die Zulassung zur Tätigkeit zulasten der OKP hingegen nach dem Krankenversicherungsgesetz (KVG; SR 832.10). Die zwei Bewilligungen haben verschiedene Regelungsinhalte: Bei der Bewilligung zur Ausübung des Arztberufs in eigener fachlicher Verantwortung handelt es sich um eine gesundheitspolizeiliche Bewilligung, während es sich bei der Zulassung um eine krankenversicherungsrechtliche Bewilligung handelt. Die gesetzlichen Anforderungen an die Berufsausübungsbewilligung und die Zulassung unterscheiden sich deutlich, wobei die Voraussetzungen für eine Zulassung höher sind (Qualitätsanforderungen, Sprachkenntnisse Niveau C1, drei Jahre Tätigkeit im beantragten Fachgebiet an einer anerkannten schweizerischen Weiterbildungsstätte).

- 2a. *Aus welchen Gründen kann eine in Pos. 1 beschriebene Bewilligung nicht erteilt werden?*

Berufsausübungsbewilligungen und Zulassungen können nicht erteilt werden, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen nicht erfüllt sind.

- 2b. *Aus welchen Gründen kann eine in Pos. 1 beschriebene Bewilligung verzögert erteilt werden?*

Ist ein Gesuch vollständig und sind die Voraussetzungen erfüllt, können sowohl die Berufsausübungsbewilligung wie auch die Zulassung innert kurzer Zeit erteilt werden. Ist ein Gesuch unvollständig, muss die Gesuchstellerin oder der Gesuchsteller zur Ergänzung des Gesuchs aufgefordert werden. Stellt sich heraus, dass Bewilligungs- oder Zulassungsvoraussetzungen nicht erfüllt sind, muss das rechtliche Gehör gewährt werden. Die im rechtlichen Gehör geltend gemachten Argumente müssen sodann vor dem Entscheid geprüft werden. Dies erfordert regelmässig weitere Abklärungen – sowohl zwischen den Ämtern der Gesundheitsdirektion als auch mit verwaltungsexternen Stellen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Stellungnahme umfangreich ist und im Rahmen des rechtlichen Gehörs neue Argumente vorgebracht werden.

2c. Wie lange beträgt die in Pos. 2b beschriebene Verzögerung?

Ist ein Gesuch unvollständig oder sind Bewilligungs- oder Zulassungsvoraussetzungen nicht erfüllt, ist eine Bearbeitungszeit von mehreren Wochen nicht ungewöhnlich.

3a. Welche Massnahmen gedenkt der Regierungsrat und seine Kantonale Verwaltung zugunsten der wirtschaftlichen Verlässlichkeit bei der Ausstellung der entsprechenden Bewilligungen vorzunehmen?

Eine Tätigkeit als Ärztin oder als Arzt darf erst aufgenommen werden, wenn die nötigen Bewilligungen erteilt wurden. Nimmt eine Ärztin oder ein Arzt die Berufstätigkeit auf, ohne über eine Zulassung zu verfügen, kann die geleistete Arbeit nicht zulasten der OKP abgerechnet werden. Da die Gesuchstellerin oder der Gesuchsteller sofort informiert wird, wenn im Rahmen der Gesuchprüfung das Fehlen von Zulassungsvoraussetzungen festgestellt wird, erfolgt die Aufnahme der Tätigkeit ohne Abrechnungsberechtigung auf eigenes wirtschaftliches Risiko.

3b. Liegt in der gleichzeitigen Bearbeitung der Berufsausübungsbewilligung (BAB) und der Bewilligung zur Abrechnung über die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) Verbesserungspotenzial?

Sind sowohl die Voraussetzungen für die Berufsausübungsbewilligung als auch jene für die Zulassung erfüllt, werden die Gesuche gemeinsam bearbeitet. Sind jedoch nur die (niedrigeren) Voraussetzungen für die Berufsausübungsbewilligung erfüllt, nicht aber jene für die Zulassung, kann nur die Berufsausübungsbewilligung erteilt werden. Die Bearbeitung der Gesuche kann in diesem Fall nicht gemeinsam erfolgen. Das ist etwa dann der Fall, wenn die Sprachkenntnisse zwar für die Berufsausübungsbewilligung genügen, nicht aber für die Zulassung, oder wenn das Erfordernis einer dreijährigen Tätigkeit im beantragten Fachgebiet an einer anerkannten schweizerischen Weiterbildungsstätte nicht erfüllt ist.

3c. Fehlen zugunsten einer verlässlichen und effizienten Bewilligungserteilung gesetzliche Grundlagen? Wenn ja, wo, welche?

Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Erteilung von Berufsausübungsbewilligungen (Art. 36 MedBG) sowie für Zulassungen (Art. 36a und 37 KVG) sind abschliessend im Bundesrecht geregelt. Änderungen oder Ergänzungen der gesetzlichen Grundlagen müsste das Bundesparlament vornehmen.

4a. Liegen zur betreffenden Ärztin möglicherweise bei ihrer früheren Tätigkeit unerledigte Administrationen und andere Pendenzen vor?

Dazu kann der Regierungsrat keine Stellung nehmen.

4b. Versteckt sich der Kanton möglicherweise im Formalismus anstelle im Sinne des Pragmatismus an einer raschen Lösung gewillt ist, mitzuwirken?

Die Voraussetzungen für eine Berufsausübungsbewilligung beziehungsweise für eine ordentliche Zulassung sind im Bundesrecht klar geregelt und bedürfen keiner Auslegung. Sind die gesetzlichen Vorgaben nicht erfüllt, kann keine Berufsausübungsbewilligung oder Zulassung erteilt werden.

Auslegungsbedürftig ist hingegen die bis Ende 2027 befristete Ausnahmeregelung in Art. 37 Abs. 1^{bis} KVG, welche das Parlament im Dringlichkeitsverfahren schuf. Sie besagt, dass die Kantone Ärztinnen und Ärzte, welche über einen von vier Weiterbildungstiteln verfügen, von der Anforderung, während mindestens drei Jahren an einer anerkannten schweizerischen Weiterbildungsstätte gearbeitet zu haben, ausnehmen können, *«wenn auf dem Kantonsgebiet in den betroffenen Bereichen eine Unterversorgung besteht»*. Betrachtet man – so die bisherige Praxis – den Kanton Zug als Versorgungsgebiet, besteht angesichts des im landesweiten Vergleich überdurchschnittlichen Versorgungsgrads in der Allgemeinmedizin und des seit Jahren stabilen Verhältnisses der Ärztezahl zur Einwohnerzahl keine Unterversorgung (vgl. Urteil des Verwaltungsgerichts V 2023 108 vom 29. Oktober 2024, E. 6.5).

Denkbar ist indes eine Aufteilung des Kantons und eine Separatbetrachtung der gebildeten «Grundversorgungszonen». Die Empfängerinnen und Empfänger von Ausnahmezulassungen müssten sodann verpflichtet werden, in einer dieser Zonen tätig zu werden. Wie genau der Kanton aufgeteilt werden sollte – insbesondere die Frage, welche Gemeinden nach welchen Kriterien zusammengefasst würden – wäre noch zu klären. Zu bedenken ist dabei, dass auch Ärztinnen und Ärzten ohne jegliche Kenntnisse des Schweizer Gesundheitssystems Gesuche um eine Ausnahmezulassung stellen können, was potenzielle Qualitätsrisiken für die betroffenen Gemeinden bergen würde. Ob die Ärzteschaft eine geografische Steuerung durch den Kanton im ambulanten Bereich begrüssen würde, müsste sodann mit den Berufsverbänden erörtert werden. Die Gesundheitsdirektion hat bereits signalisiert, diese Fragen zusammen mit den verschiedenen Anspruchsgruppen prüfen zu wollen.

Antrag

Kenntnisnahme.

Zug, 7. April 2026

Mit vorzüglicher Hochachtung
Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Andreas Hostettler

Die stv. Landschreiberin: Renée Spillmann Siegwart